





## Besuch beim Mehrgenerationenhaus Forchheim

### Inhalt

MHG Forchheim	Seite 2
Streitgespräch Zeitarbeit	Seite 3
Ein Heer von Freiwilligen	Seite 4
Straßenfest und Zirkus	Seite 5
Barrierefreie Bahnhöfe	Seite 6
MHG Bayreuth	Seite 7
Kinderfest Hummeltal	Seite 7
Kinderzeltlager Mistelbach	Seite 8
Jugendpressetag in Berlin	Seite 8
Gnadenhof Pegnitz	Seite 8
Busunternehmen Püttner	Seite 9
Änderung Führerscheinrecht	Seite 10
Gespräch mit Schülern	Seite 10
Spende an Noppeney	Seite 11
Klimakiste für Grundschule	Seite 11
Bahn: Zukunft Bayreuth	Seite 12
Unterbezirksparteitag	Seite 13
Besuch beim Imker	Seite 14
Dank Stipendium in die USA	Seite 14
Kahlschlag in der Altenpflege	Seite 15
AsF kritisiert Sparpaket	Seite 15
In Kürze	Seite 16
Stipendiengesetz ist Unsinn	Seite 17
Hebammen vor dem Aus	Seite 18
<b>Pressemitteilungen</b>	ab Seite 19
<b>Termine</b>	Seite 23

Das Mehrgenerationenhaus im Norden Forchheims ist zu einem Anlaufpunkt für Jung und Alt geworden – und das in einem Stadtteil, wo nicht alles rosig ist. „Wir haben hier viele Bewohner mit Migrationshintergrund und eine hohe Arbeitslosigkeit.

Eine Menge Bewohner hier haben keinen Schulabschluss“, erklärte Kathrin Reif, die Leiterin des Mehrgenerationenhauses, die Situation im Stadtteil. Ihr Haus bietet daher seit seiner Eröffnung im Jahr 2008 viele Angebote, um das Viertel zu stabilisieren. Im offenen Treff kann man für 1 € Kaffee trinken, Mamatreffs und ElternKindGruppen helfen den Familien, es gibt einen Seniorenkreis und eine Nachbarschaftshilfe. Dabei wird die meiste Arbeit von Ehrenamtlichen erledigt. Mehr als 60 Prozent der Engagierten in den Mehrgenerationenhäusern sind Freiwillige.

Möglich wurde diese Arbeit durch ein Bundesprogramm, das in Bayern immerhin 91 Mehrgenerationenhäuser fördert. Weil das Programm auf fünf Jahre begrenzt ist, läuft die Förderung für die Einrichtung ab 2011 aus. In Forchheim bleibt indes noch etwas länger Zeit, hier wird die Bundesförderung erst 2012 enden. Danach ist die Zukunft des Forchheimer Mehrgenerationenhauses ungewiss.

Deshalb traf sich die Bundestagsabgeordnete Anette Kramme (SPD) am Dienstag mit der Leiterin des Mehrgenerationenhauses, Kathrin Reif,



und dem Leiter der Sozialen Dienste bei der Diakonie Bamberg-Forchheim, Fred Schäfer und sprach über die Zukunft der Einrichtung. „Wir wollen die erfolgreiche Arbeit am Standort gerne fortsetzen“, stellte Fred Schäfer klar. „Im Koalitionsvertrag hatte SchwarzGelb eigentlich angekündigt, die Mehrgenerationenhäuser zu erhalten. Nun will die Bundesregierung davon auf einmal nichts mehr wissen.

Auf unsere Anfrage hin behauptet die Regierung plötzlich, dass eine Weiterförderung rechtlich nicht möglich sei“, schilderte Anette Kramme die Vorgänge in Berlin.

Selbst finanzieren kann sich das Mehrgenerationenhaus in Forchheim sicher nicht. „Bei unserem letzten Kindertanzkurs konnten bei zwei Dritteln der Teilnehmer die Eltern den Beitrag nicht zahlen“, erklärte Kathrin Reif die Situation vor Ort.

Da die Kassen der Stadt bekanntermaßen leer sind, müsse entweder der Freistaat oder die Bundesregierung aktiv werden. Deshalb sagte Anette Kramme zu, Staatsministerin Haderthauer (CSU) und Bundesfamilienministerin Schröder (CDU) anzuschreiben.





## Zeitarbeiter brauchen Schutz

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit und die Einführung eines Mindestlohns: Mit dieser Forderung haben sich SPD-Bundestagsabgeordnete Anette Kramme und Jürgen Jakob, Regionalvorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbunds, gestern mit Vertretern des Personaldienstleisters Randstad zu einem Fachgespräch an einen Tisch gesetzt.

Mit dem wirtschaftlichen Aufschwung erreicht die Zeitarbeit in Deutschland Rekordstände. Rund 24 000 Personaldienstleister sind in der Bundesrepublik aktiv – und nicht alle liefern positive Nachrichten. „Rund ein Drittel sind schwarze Schafe“, so DGB-Chef Oberfranken-Ost, Jürgen Jakob.

Und Abgeordnete Kramme berichtete anhand der Kopie einer Lohnabrechnung von einem Mann, der drei Euro pro Stunde verdient hat. Inzwischen, so Kramme, bekommt er 3,60 Euro.

Solche Verhältnisse verurteilten auch die Randstad-Vertreter, die zum Fachgespräch in die Gaststätte Weihestephan eingeladen waren: Klaus Depner, ehemaliger Betriebsratsvorsitzender der Region Mitte, Dr. Christoph Kahlenberg, Manager Arbeitsmarktprojekte, und Olaf Nieselt, Distrikt Manager Oberfranken.

„Wir brauchen den Mindestlohn. 3,60 Euro kann nicht unser Ziel sein.“ Nach dem Gezerre um einen Mindestlohn noch unter der alten Bundesregierung sei er nun zuversichtlicher denn je, dass es – wenn auch mit einigem Zähneknirschen – zu einer Einigung kommen könnte.

Auf diese Weise, so waren die Gesprächspartner einig, wäre auch die Gefahr von Dumpinglöhnen durch die in der EU geltende Arbeitnehmerfreizügigkeit gebannt. Sie erlaubt es jedem Arbeitnehmer in einem anderen Land der EU zu gleichen Bedingungen zu arbeiten.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, was in der in der laufenden Diskussion über die Benachteiligung von Leiharbeitern gegenüber der Stammebelegschaft als Equal Pay kursiert, ist aus Sicht der Personaldienstleister der falsche Weg. Kahlenberg befürchtet im Bereich der geringqualifizierten Zeitarbeiter den Verlust von Arbeitsplätzen oder eine Verlegung der Produktion ins Ausland.

„Einen Mindestlohn von 9,62 Euro kann sich kein Unternehmen leisten“, sagte Kahlenberg. Momentan liegt die tarifliche Untergrenze bei 7,60 Euro pro Stunde (West) und 6,65 Euro (Ost).

Die SPD-Fraktion hat im Bundestag einen Antrag zur Leiharbeit eingebracht, der auch die Begrenzung der konzerninternen Verleihung fordert. Zeitarbeit sei für die Fälle zu rechtfertigen, in denen es um befristete Vertretungen oder den Ausgleich von Auftragsspitzen gehe.

Auszuschließen sei, dass Leiharbeiter die eigene Belegschaft eines Unternehmens ersetzen. Krammes häufig genanntes Beispiel, wie es nicht laufen dürfe, war die Servicegesellschaft des Klinikums



Bayreuth. Doch egal, welche Regel gefunden werde, sagte die Sprecherin für Arbeit und Soziales ihrer Fraktion: „Es wird immer Umgehungsmöglichkeiten geben.“

Jakob sieht als Gewerkschafter das Problem des Missbrauchs von Zeitarbeit mehr bei den Konzernen als bei den kleinen und mittelständischen Unternehmen. Vorteil sei, dass auf diese Weise die Personalkosten in der Bilanz gedrückt würden, da Zeitarbeiter als Dienstleistung abgerechnet würden.

Seiner Erfahrung nach würden sich die wenigsten Leiharbeiter, die schlecht behandelt würden, eine Klage vor Gericht zutrauen. Wichtig sei, dass auch in den Verleiherfirmen Betriebsräte die Interessen der Arbeitnehmer vertreten.

Randstad, das erklärte Depner als Teil der sozialen Verantwortung, sei der einzige Personaldienstleister in Deutschland, der Mitbestimmung seit Jahren flächendeckend zulasse.

*Nordbayerischer Kurier vom 18.08.2010*



### Ein Heer von Freiwilligen

Wehrdienst oder Zivildienst? Vor dieser verpflichtenden Entscheidung stehen jedes Jahr Tausende junger Männer in Deutschland. Das soll auch in Zukunft so bleiben, wenn es nach den Vorstellungen der SPD geht. Allerdings mit einem Unterschied. Der Dienst an der Waffe oder im sozialen Bereich soll auf einer rein freiwilligen Entscheidung beruhen.

„Die Bundeswehr braucht auch weiterhin den Wehrdienst, um die im Grundgesetz verankerte Verteidigungsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland auch in Zukunft zu garantieren“, sagte der sicherheits- und verteidigungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Rainer Arnold, am Montagmittag bei einer Zusammenkunft mit Vertretern von Wohlfahrtsverbänden und des Stadtjugendrings sowie des Kreiswehrrersatzamtes und der Reservistenkameradschaft Bayreuth-Markgrafenkaserne.

Er sollte auf Einladung seiner Kollegin, der SPD-Bundestagsabgeordneten Anette Kramme, das Konzept der SPD vorstellen, wie in Zukunft die Bundeswehr einsatzbereit bleibt, und junge Männer auch weiterhin in sozialen Bereichen eingesetzt werden können.

Allerdings sollen sie zukünftig rein freiwillig entscheiden, ob sie den Dienst an der Waffe oder dem sozialen Engagement den Vorzug geben. Und Arnold zeigte sich optimistisch, dass die notwendige Zahl von 25 000 junger Männer, die sich für die Bundeswehr entscheiden, auch jedes Jahr erreicht wird.

„Der Wehrdienst muss erhalten bleiben, aber wir dürfen die jungen Männer nicht mehr dazu zwingen“, sagte Ar-



nold. Stattdessen sollte der Wehrdienst als Dienst für das Gemeinwohl verstanden werden wie der Ersatzdienst auch. Das eingesparte Geld könnte in soziale und ökologische Bereiche investiert werden.

Zwischen neun und 23 Monaten sollte nach Meinung Arnolds der Wehrdienst zukünftig betragen. „Ideal wären zwölf Monate, alles, was darunter liegt, nutzt nichts“, zeigte sich der Bundestagsabgeordnete überzeugt. Zwölf Monate sollte auch der Ersatzdienst dauern und nicht mehr als verpflichtende Alternative gelten, sondern ebenfalls als eine freiwillige Wahl.

Soll heißen: die SPD will den Ersatz oder Zivildienst abschaffen und durch ein freiwilliges soziales Jahr ersetzen. Und in beiden Fällen – Wehrdienst wie soziales Jahr – sollen Anreize angeboten werden, die den jungen Männern die freiwillige Entscheidung erleichtern soll.

Er denke da, so Arnold, an Bonuspunkte für zukünftige Studenten, an Qualifikationsurkunden und vor allem an eine

materielle Entschädigung.

Die Verlängerung auf zwölf Monate fiel bei den Vertretern der Wohlfahrtsverbände auf Wohlgefallen. Ob Arbeiterwohlfahrt oder Paritätischer Wohlfahrtsverband, Caritas oder Rotes Kreuz: Die Herabsetzung auf sechs Monate mache den Ersatzdienst für sie uninteressant, betonten die Vertreter. Sechs Monate seien eine zu geringe Zeitspanne, um eine sinnvolle Tätigkeit zu erlernen und auszuüben.

Deshalb begrüße man die Ausweitung auf zwölf Monate. Allerdings zweifelten sie an, dass sich genügend junge Männer für ein freiwilliges soziales Jahr entscheiden würden. Ein gewisses Maß an Pflicht sollte daher ausgeübt werden. Und, lautete eine zweite Forderung, auch auf junge Frauen ausgedehnt werden.

*Nordbayerischer Kurier vom 10.08.2010*



## Besuch beim Altenploser Straßenfest

Einer der Höhepunkte des Sommers in der Gemeinde Heinersreuth ist das Altenploser Straßenfest, auf dem die SPD wie in den Vorjahren mit einem eigenen Zelt und Kuchenverkauf gut vertreten war. Da war der einsetzende Dauerregen zwar schade, aber kein Weltuntergang. Anette Kramme nahm

die Preisverleihung des Gewinnspiels für Kinder vor – und freute sich, dass die SPD in ihrer Heimatgemeinde so aktiv ist.



## Integratives Zirkusfestival in Heroldsbach

Veranstaltet vom Kreisjugendring Forchheim fand heuer zum 9. Mal das Integrative Zirkusfestival in Heroldsbach statt. Behinderte und nichtbehinderte Kinder studierten kleine artistische Kunststücke ein führten sie in einem echten Zirkuszelt vor.

Das Publikum – Freunde, Verwandte und Politiker – fand die Aufführung süß und applaudierte heftig.

Die Bezirksvorsitzende der Oberfränkischen SPD, Anette Kramme, lobte den pädagogischen Ansatz des Festivals. Schließlich sind Bewegung, soziales Miteinander und das gemeinsame Lernen mit behinderten Ju-



gendlichen wertvoll.



### IMPRESSUM

#### Herausgeberin und V.i.S.d.P.:

Anette Kramme, MdB

#### Anschrift:

Bahnhofstraße 1

95444 Bayreuth

Tel.: 09 21 – 8 70 11 11

Fax: 09 21 – 8 70 12 54

[info@anettekramme.de](mailto:info@anettekramme.de)

#### Redaktion:

Oliver Winkelmaier

[oliver.winkelmaier@anettekramme.de](mailto:oliver.winkelmaier@anettekramme.de)



## An Bahnhöfen türmen sich Barrieren auf—Besuch in Pegnitz

Sommerreise nennt Florian Pronold das, was er gerade unternimmt: Der Landesvorsitzende der Bayern SPD ist kreuz und quer im Freistaat unterwegs, sperrt die Ohren auf und macht Notizen, wenn er Problemen begegnet. Wenn es um das Thema barrierefreie Bahnhöfe geht, hört Pronold besonders gut hin, das Thema ist ein Schwerpunkt der Tour. In Pegnitz lauschte und notierte er gestern eifrig.

Weil der Tag voller Termine war, hatte sich Anette Kramme mit dem Mietwagen zum Fachgespräch nach Pegnitz aufgemacht. Um barrierefreie Bahnhöfe sollte es gehen. In Pegnitz, weil Pegnitz von einem barrierefreien Bahnhof noch weit entfernt ist — obwohl hier in den Einrichtungen von Regens Wagner doch gerade Menschen mit Behinderung leben und arbeiten. Das Gespräch war eine Idee von Stadtrat Oliver Winkelmaier (SPD), der die beiden Parteigenossen und Bundestagsmitglieder Kramme und Pronold eingeladen hatte.

„Pegnitz steht stellvertretend für viele Orte in Oberfranken“, sagt Winkelmaier. Orte, an denen nicht nur Menschen, die im Rollstuhl sitzen, Aufzüge und Unterführungen an den Bahnhöfen vermissen.

Auch für ältere Menschen — mit und ohne Rollator — und für Mütter mit kleinen Kindern sind die steilen Treppen ein Problem. „Wer in Pegnitz einmal mit Kinderwagen und Taschen zum Gleis 2 musste, weiß, wovon wir sprechen“, sagte Winkelmaier.

Ein Mietwagen, wie ihn Kramme gestern nutzte, um nach Pegnitz zu kommen, kostet etwa 30 Euro am Tag. Für das Ehepaar Irene und Rainer Böhm, das zum Fachgespräch aus Forchheim anreiste, war der Ausflug ungleich teu-

rer. 161 Euro mussten sie für den Behinderten-Fahrdienst hinlegen, der sie die rund 90 Kilometer hin- und zurückchauffierte.

Ein Auto besitzen die Böhms nicht, und die Fahrt mit Bus und Bahn wollte sich das Ehepaar nicht antun: Rainer Böhm (63) sitzt seit 20 Jahren im Rollstuhl, in den letzten Jahren hat ihn die Krankheit Multiple Sklerose immer weiter eingeschränkt.

Die 161 Euro war ihnen die Fahrt wert, betont Irene Böhm (49), weil sie in Pegnitz auf die Schwierigkeiten aufmerksam machen konnten, die das ohnehin nicht unbeschwerte Leben des Paares noch beschwerlicher machen: Ähnlich wie in Pegnitz sind auf dem Forchheimer Bahnhof die Gleise 2 und 3, von denen aus die Züge nach Bamberg und Nürnberg fahren, nur über Treppen erreichbar — und damit für Rainer Böhm tabu.

Besser sieht es auf dem Bahnhof in Erlangen aus, zu dem sich die Böhms mit dem Behinderten Fahrdienst bringen lassen, wenn sie etwa einen Ausflug nach München unternehmen wollen.

So eine Fahrt muss aber gut geplant sein: Weil in den Zügen kaum Platz für Rollstuhlfahrer vorgesehen sei, müsse man sich mindestens 24 Stunden vorher bei der Bahn anmelden. „In Wahrheit muss man sich oft Wochen vorher um einen Platz bemühen, weil schon andere Schlange stehen“, sagt Irene Böhm.

Kürzlich setzte die Bahn einen Ersatzzug ein, der auf die Böhms nicht vorbereitet war. So war für Rainer Böhm und seinen Rollstuhl nur Platz im Fahrradabteil — von wo aus ein Durchkommen zur be-



hinder-tengerechten Toilette unmöglich war. „Man fragt sich schon, ob die Bahn Menschen mit Behinderung als Kunden überhaupt will“, bemerkte Strullendorfs Bürgermeister Andreas Schwarz, der in der Runde von seinen Erfahrungen berichtete: Die Gemeinde Strullendorf möchte den Bahnhof, den sie gekauft hat, auf eigene Faust behindertengerecht machen.

„Aber die Bahn liefert seit Monaten keine Daten, die wir brauchen, um zu wissen, wo etwa Kabel liegen und wo wir eine Unterführung bauen können.“ Stumm blieb die Bahn auch beim Fachgespräch: Ein Vertreter, der eingeladen worden war, erschien nicht. Dafür, dass die Böhms trotzdem Gehör finden, will Florian Pronold sorgen:

„Bei dem Thema geht es um die Würde von Menschen.“ Er versprach, die Ergebnisse seiner Sommerreise an den Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer, an Bahnchef Rüdiger Grube und Bayerns Bahnchef KlausDieter Josel zu schicken: „Man sieht es ja an Neuhaus, wo der Bahnhof komplett umgebaut wird: Wenn man lästig ist, dann passiert was.“

*Nordbayerische Nachrichten*  
vom 06.08.2010



## Mehrgenerationenhaus in Bayreuth vor dem Aus?

2011 läuft die Förderung für die 91 bayrischen Mehrgenerationenhäuser aus. Auch das Bayreuther Mehrgenerationenhaus, getragen von der Familienbildungsstätte in St. Georgen, steht damit vor dem Aus.

Deshalb lud die Leiterin des Projekts, Elisabeth Zagel, Politiker von Land und Bund ein, um für eine Unterstützung der erfolgreichen Arbeit zu werben. Vor Ort konnte sich Anette Kramme im Mehrgenerationenhaus Bayreuth ganz konkret von den Leistungen dieser Projektform überzeugen.

Besonders beeindruckt haben die Familienhilfen nach der Geburt und die sinnstiftende Möglichkeit für ältere Menschen, zeitlich begrenzte Kinderbetreuung zu übernehmen. Im Angebot „Doppelklick statt Doppelherz“ haben Hauptschüler Senioren den Umgang mit dem Internet und Computern beigebracht.

Studierende der Uni Bayreuth haben im Mehrgenerationenhaus Nachhilfe angeboten. Davon haben gerade junge Migrantinnen und Migranten profitiert.

Das Programm zur Schaffung der Mehrgenerationenhäuser war ein auf 5 Jahre begrenztes Anschubprogramm des Bundes.

Damit läuft die Finanzierung der Mehrgenerationenhäuser ab 2011 aus. Die Bundesregierung hat bisher eine Weiterförderung der Mehrgenerationenhäuser abgelehnt, weil er nicht dauerhaft lokale Aufgaben übernehmen kann.

Absehbar ist, dass die Kommunen die Weiterförderung aufgrund ihrer Finanzknappheit nicht leisten können. Für die Stadt Bayreuth wurde dies von den anwesenden Politikern bestätigt. Wenn bis Ende des Jahres keine Lösung gefunden wird, werden die ersten Mehrgenerationenhäuser zum 01. Januar 2011 ihre Arbeit einstellen. Bei einer Förde-



rung von 40.000 Euro pro Mehrgenerationenhaus beträgt die Fördersumme der 91 Mehrgenerationenhäuser in Bayern 3,64 Mio. Euro für den Freistaat.

„Mit Blick auf das enorme ehrenamtliche Potenzial, das von den Mehrgenerationenhäusern aktiviert wird, ist diese Summe eine vertretbare und sinnvolle Investition in die Zukunft unserer Heimat Bayern“, meint Anette Kramme und hat sich mit einem entsprechenden Schreiben an Staatsministerin Haiderthauer gewandt.

Bisher hat die Staatsregierung nichts in diese Richtung unternommen. Vielleicht würde eine entsprechende Umfrage helfen?

## Hummeltaler SPD lud zum Kinderfest

Das Kinderfest der SPD Hummeltal war gut besucht – vielleicht auch, weil die GenossInnen um den Ortsvereinsvorsitzenden Günther Büchner das Fest wie in den zurückliegenden Jahren gut organisiert hatten.

Bei allerlei leckerem Essen und Trinken hatten nicht nur die Kinder, sondern auch viele Eltern und Großeltern ihren Spaß. Neben

Büchsen-Werfen und Torwandschießen wurde auch wieder eine Hüpfburg geboten.





## Festzug der Feuerwehr Seybothenreuth

Ein zwei Kilometer langer Festumzug, über 50 teilnehmende Feuerwehren und Vereine, angestrengte Fahnenträger und jede Menge lokaler Politprominenz – das alles bot die Feuerwehr in Seybothenreuth zu ihrem 150. Geburtstag auf.

Für die SPD redete Christoph Rabenstein, MdL (SPD), und gab zu, dass die Feuerwehr Seybothenreuth sogar noch älter als die älteste Partei in Bayern sei, die SPD.

Die Bundestagsabgeordnete Anette Kramme freute sich über die gelungene Fest-Veranstaltung und wünscht der Seybothenreuther Feuerwehr weitere



150 gute Jahre – mit möglichst wenig Einsätzen und hoffentlich vielen guten Festen.

## Kinderzeltlager der SPD Mistelbach

An einem angenehmen Sommerabend traf Anette Kramme beim Zeltlager der Mistelbacher SPD ein und traf den SPD-Ortsvereinsvorsitzenden Matthias Mann, Bürgermeister Bernhard Rümpelein (SPD) und Ex-MdL Walter Engelhardt (SPD).

Besonders beeindruckten die Mistelbacher mit zwei großen Insektenhotels, die die SPD-Mitglieder zusammen mit

den Kindern gebaut hatten. Kramme ließ es sich wie im letzten Jahr nicht nehmen, langjährige Helfer beim Kinderzeltlager persönlich zu ehren.

Am Ende bekamen alle Kinder eine rote Mütze mit einem eingestickten Namen zur Erinnerung an das Zeltlager. Aber auch die Erwachsenen kamen nicht zu kurz: Kramme besitzt nun ein rotes Baseballcap mit dem eingestickten „Anette, MdB“ darauf.



## Gnadenhof Pegnitz lud zum Tag der offenen Tür

Die Leiterin des Gnadenhofs Pegnitz, Monika Pracht, freute sich sichtlich, dass gleich drei SPD-Politiker den Tag der offenen Tür in Pegnitz besuchten:

Anette Kramme sowie die Pegnitzer Stadträte Karl Lottes und Oliver Winkelmaier statteten dem beeindruckenden Projekt einen Besuch ab. Denn zu je-

dem Tier auf dem Gnadenhof gibt es anrührende Geschichten zu erzählen.

So wie vom Pony Muck, das Monika Pracht 1989 bei einer Tierschutzkontrolle auf einem Zirkus fand und aufnahm und hochpäppelte.

Heute erfreut das 1,20 m große Pony viele Besucher aus Pegnitz und Umgebung. Anette Kramme spendete für den

Gnadenhof, Karl Lottes und Oliver Winkelmaier sagten kommunalpolitische Unterstützung zu.



### Busunternehmen drückt der Schuh

Es ist schwer, am Schreibtisch zu erkennen, was hinter neuen Verordnungen zum Busverkehr steckt, sagte sich MdB Anette Kramme und fuhr deshalb zu Jörg und Hans Püttner, die in Neuhaidehof 48 Busse laufen haben, darunter zehn große. Sie beschäftigen 40 feste Fahrer und 30 Kurzarbeiter.

Kramme wurde begleitet von Kerstin Westphal, seit einem Jahr EU-Abgeordnete der SPD. Die Schweinfurterin engagiert sich genau wie Anette Kramme sehr für Behinderte und war erstaunt, welche Pionierleistung Senior Hans Püttner hier schon 1982 vorlegte. Er kaufte damals einen Rollstuhl-Bus, inzwischen um die 90000 Euro teurer als ein normaler Bus. Der kostet zwischen 250000 und 300000 Euro.

Diese Hilfe für Behinderte war einer der Punkte, die Kramme und Westphal auf ihrer Frageliste hatten: Wie können diese barrierefrei auf Reisen gehen? Sie staunten über das Gefährt von Fahrer Lothar Neuß, das erst vor Kurzem von Weißrussen aus Minsk besichtigt worden war, die ihre Behinderten vom Flughafen abholen lassen wollten.

Es wird geordert von Regensburg bis Würzburg und Schweinfurt, weil ein Hebelift die Rollstuhlfahrer hineinbringt und innen drin ein Schwebesitz existiert, der den Toilettengang auch für jene Behinderten einfach macht, der ganz vorn gleich beim Fahrer sitzt.

Diesen Bus hütet Lothar Neuß übrigens wie seinen Augapfel, lächelte Elfriede Schrenker, seit 20 Jahren die Lebensgefährtin von Jörg Püttner. Alle Busfahrer tun das. Wehe, ein anderer muss mal an ihr Steuer:

„Dann herrscht eine Woche Krieg.“ Sie versteht das, weil sie selber Schulbusse lenkt, neben der Büroarbeit. „Zum Heiraten haben wir deshalb nie Zeit, ob-

wohl uns der Bürgermeister schon drängt und sagt, er macht es in zehn Minuten, sogar in acht.“

Sie hört die nächsten Fragen von Kramme und Westphal mit an, die lange Vize-Chefin der bayerischen Jusos war und Stadträtin in Schweinfurt. Diesmal geht es um die „Zwölf-Tage-Regel“, die vor drei Jahren verschärft wurde und jetzt wieder gelockert:

Sind Busfahrer im EU-Ausland unterwegs, können sie ihre wöchentliche Ruhezeit nach mindestens zwölf Tagen einlegen. Damit genügt ein Fahrer für solche Rundreisen. Die Püttners trifft das weniger. Ihnen liegt mehr am Herzen, die bei einer 15-Stunden-Schicht vorgeschriebenen neun Stunden Fahrerpause auf sechs zu verkürzen.

Damit könnten sie in vielen kuriosen Fällen, wo es um eine Stunde hin und her geht, den zweiten Fahrer sparen. Sechs Stunden Pause können durchaus genügen, sah auch Anette Kramme ein. Sie nützt oft zwei Stunden zum Erholungsschlaf, weil sie damit chronisch unterversorgt ist. „Powernapping“ nennt man das in Brüssel“, warf Kerstin Westphal ein, wo es gang und gäbe ist. Kramme erinnerte sich an Ludwig Stiegler, der jede Minute ausnützte. „Der war ein Meister des Ganzen.“

Ihr nächster Punkt betraf die Umweltzonen in Großstädten. Stuttgart ist zum Beispiel schon „dicht“ für Busse, die vor 2007 gekauft wurden. Hamburg, Berlin und München dürften es in zwei Jahren sein. Jörg Püttner verstand das nicht: Jeder Bus ersetzt mit seinen 52 Passagieren fast 30 Autos, die sonst ins Zentrum müssten. Und er kann drei Jahre alte Busse nicht wegwerfen. Sechs davon hat er. Müsste er sie schadstoffarm umrüsten, sind 60000 Euro weg. Außer-



dem raten die Hersteller ab. Vom Verband der Busunternehmer kommt auch keine Hilfe. „Die halten sich raus bei kniffligen Fragen“, bedauerte Hans Püttner.

„Da kriegst du keine Antwort.“ Deren Unterstützung vermisste er auch, als ihm die Rentenversicherung 60000 Euro Nachzahlung abknöpfte, weil er Aushilfsfahrer etwas geringer bezahlte als seine hauptberuflichen Fahrer. Er ging vor Gericht. Inzwischen ruht der Fall seit Jahren am Münchner Sozialgericht.

Juristin Kramme versprach, sich die Unterlagen anzusehen. Kerstin Westphal will von der EU aus auf eine Regelung drängen. Elfriede Schrenker sprach zum Schluss noch ein Problem an: Alle fünf Jahre muss ein Busfahrer seinen Führerschein verlängern.

Inzwischen ist aber vorab eine 30-Stunden-Schulung Pflicht. Nur hat kein Fahrer dann Zeit, wenn der Kurs läuft. Und inhaltlich ist er so windig, dass es schon Proteststürme gab. „Dieser Verordnungswust macht uns kaputt.“

*Nordbayerische Nachrichten  
vom 30.07.2010*



## Fahrlehrer würden Änderungen im Führerscheinrecht begrüßen

Derzeit stehen einige Änderungen im Führerscheinrecht zur Diskussion. Nachdem das Pilotprojekt „Begleitendes Fahren ab 17“ in Bayern erfolgreich verlief, wird diese Regelung nun auf ganz Deutschland ausgedehnt.

Nach dem Willen einiger Politiker sollen Jugendliche zudem schon mit 15 Jahren in den Genuss des Moped-Führerscheins gelangen. Um sich einen Überblick über Risiken und Chancen dieser neuen Regelungen zu verschaffen, unterhielt sich die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Anette Kramme (SPD) mit den Pegnitzer Fahrlehrern Werner und Ricklef Groß von der Fahrschule Groß.

„Das Begleitende Fahren ab 17 Jahren hat sich bewährt. Die Fahranfänger werden in Deutschland sehr gut ausgebildet und können beim Fahren unter Aufsicht noch einiges lernen. Wir sehen darin nur Vorteile“, erklärte Werner Groß. Ein großes Problem sieht er jedoch darin, dass im Zuge dieses Modells die Fahranfänger ohne jede Ausbildung

und Fahrpraxis ein Moped bis 50 Kubikzentimeter alleine fahren dürfen. „Dadurch sind die Unfallzahlen enorm nach oben geschwollen. Das muss der Gesetzgeber dringend regeln“, ergänzt Ricklef Groß.

Den Moped-Führerschein mit 15 hält er für sinnvoll. „Im Gegenzug zu anderen Ländern gelten in Deutschland strenge Kriterien, was die Ausbildungsinhalte in Theorie und Praxis angeht. In Österreich etwa reicht eine kurze Einweisung, das ist bei uns nicht möglich. Daher halte ich die Kritik nicht für angebracht“.

Diese kam etwa vom Präsidenten des Deutschen Verkehrssicherheitsrates (DVR), Walter Eichendorf. Am Beispiel Österreichs hatte er von enorm steigenden Unfallzahlen gesprochen.



„Diese Gefahr sehen wir nicht, hier werden Äpfel mit Birnen verglichen“, so Werner Groß. „Es macht keinen großen Unterschied, ob die Jugendlichen nun mit 15 oder 16 aufs Moped steigen, auf die Güte der Ausbildung kommt es an“, meint Ricklef Groß.

Anette Kramme versprach, die gewonnenen Eindrücke mit nach Berlin zu nehmen. „Es ist ganz wichtig, genau hinzusehen und das Für und Wider miteinander abzuwägen. Die Sicherheit im Straßenverkehr steht an oberster Stelle“.

## Schüler interessiert an Arbeit einer Bundestagsabgeordneten

Wie sieht eigentlich die Arbeit einer Bundestagsabgeordneten aus, was macht sie den ganzen Tag, was verdient sie? Viele Fragen hatten die Schüler des Bayreuther Wirtschaftswissenschaftlichen Gymnasiums an Anette Kramme.

Interessiert hörten die Jugendlichen den Wochenablauf in Berlin und in Bayreuth und waren erstaunt über die vielen Arbeitsstunden, die so Woche für Woche zusammenkommen. Die Schüler des WWG hatten von Anette Kramme einen Zuschuss für eine dreitägige Berlinfahrt erhalten und verbrachten informative Tage in der Bundeshauptstadt.



Auf dem Programm standen unter anderem ein Besuch des Reichstagsgebäudes und eine Stadtrundfahrt orientiert an politischen Gesichtspunkten.



## Anette Kramme übergibt Spende an Asha Noppeney

„Ich hoffe, dass die Menschen mit mir fühlen!“, sagt Asha Noppeney erschöpft, bejubelt und überglücklich. Sie ist mit einer Beinprothese – wie schon 2008 – die 42 Kilometer beim Fichtelgebirgs-Nordic-Walking gelaufen und hat ihre eigene Bestzeit unterboten.

Nothing is impossible“ steht mit großen Lettern auf dem Kragen ihres T-Shirts. Nichts ist unmöglich, das bewies die Kämpferin nicht nur sich selbst, sondern der Welt. Als erste Marathonläuferin geht sie diesmal in Kornbach ins Ziel. Nach 13 Stunden und 13 Minuten. „Das hat mir Kraft gegeben, dass die anderen hinter mir waren, da bin ich gelaufen und gelaufen!“, strahlt sie.

Im Ziel wartet ihre Schirmherrin auf sie: Bundestagsabgeordnete Anette Kramme. Die verspricht spontan nicht nur eine größere Spende, sondern will das nächste Mal vielleicht sogar selbst ein paar Kilometer an der Seite von Noppeney mitlaufen. Die Bundestagsabgeordnete ließ es sich auch nicht nehmen, Asha Noppeney's Projekt mit einer Spende von 500 Euro zu unterstützen.

Geschlafen hat Asha Noppeney auch in diesem Jahr wenig, eine einzige Stunde vor dem großen Lauf. Dabei hatte sie sich ab Freitagmittag abgemeldet, um sich hinzulegen. „Ich war so aufgeregt, ich konnte nicht schlafen.“ Nach einer Stärkung mit Nudeln ging es dann um Mitternacht auf die Strecke. Asha Noppeney wird begleitet von Ehemann und



Arzt Herbert sowie ihrem jungen Trainer Johannes Herold vom Skiclub Gefrees.

*Nordbayerischer Kurier  
vom 15.07.2010*

## Anette Kramme übergibt KlimaKiste an die Grundschule St. Georgen

Eine kleine grüne Kiste voll mit geballtem Wissen über Klimawandel und Klimaschutz übergab die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Anette Kramme an Schüler der Grundschule St. Georgen in Bayreuth.

„Mit der KlimaKiste können sich Schülerinnen und Schüler, aber auch die Lehrerschaft unkompliziert und praxisnah mit dem Thema Klimaschutz beschäftigen und ihr alltägliches Handeln in einen direkten Zusammenhang dazu bringen“, lobte Schulleiterin Gabi Hemmer den handlungsorientierten Ansatz der KlimaKiste.

Dass sich die Kinder der 3b und 4a bereits intensiv mit dem Thema Umweltschutz auseinandersetzen, zeigten sie mit einem eigens einstudierten Lied.

„Auch der von den Schülern gepflegte Schulgarten zeugt von viel Umweltbewusstsein. Ich finde es sehr wichtig, dass sich Kinder bereits früh mit Umweltschutzmaßnahmen beschäftigen und nicht die gleichen Fehler machen wie die Generationen vor ihnen“, meinte Anette Kramme.



Die KlimaKiste ist Bestandteil des erfolgreichen Klimaschutzprogramms Aktion Klima! Des BildungsCent e.V., das vom Bundesumweltministerium gefördert wird. Die Kiste ist je nach Altersstufe der Zielgruppe unterschiedlich gepackt.

Die KlimaKiste für Kitas und Grundschulen führt die jüngeren Kinder hauptsächlich spielerisch und visuell an die Thematik heran. Für die älteren Schüle-

rinnen und Schüler wird es durch professionelle Messgeräte und Berechnungen anspruchsvoller.

1400 Schulen aus der gesamten Bundesrepublik sind bereits Teilnehmer an der Aktion Klima!.



## Bayreuth darf nicht aufs Abstellgleis

Bayreuth auf dem Abstellgleis – dieses Horrorszenario befürchtet die SPD-Bundestagsabgeordnete Anette Kramme. Zusammen mit den sozialdemokratischen Mandatsträgern aus Stadt und Region will sie deshalb mobil machen. Mobil machen für die Elektrifizierung der Franken-Sachsen-Magistrale und für eine Einbeziehung der Stadt Bayreuth.

Für ihre Ziele warb Kramme gestern mit prominenter Unterstützung: Martin Burkert, bahnpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und Vorsitzender der SPD-Landesgruppe, machte klar, worauf es ankommt und wo Bayreuth seine Prioritäten setzen muss.

Doch zuvor gelte es die Gretchenfrage zu beantworten: Welche Schwerpunkte setzt Bayerns Verkehrsminister Martin Zeil? Hier befürchtet Burkert, dass einmal mehr der süd- und oberbayerische Raum bei der Verteilung von Finanzen bevorzugt werde. Als Stichwort nannte der Bahnexperte hier die Bewerbung Münchens um die Olympischen Winter Spiele 2018.

Nordbayern laufe also Gefahr, einmal mehr vernachlässigt zu werden. Zwei Großprojekte der Bahn werden in Nordbayern derzeit forciert.

Zum einen die Elektrifizierung der Strecke Hof–Regensburg mit veranschlagten Kosten in Höhe von 230 Millionen Euro sowie zum zweiten die Elektrifizierung der Trasse Nürnberg–Marktredwitz und weiter über Hof bis ins vogtländische

Reichenbach, was im derzeit gültigen Bundesverkehrswegeplan mit Kosten in Höhe von insgesamt 467,4 Millionen Euro veranschlagt ist.

Wenn beide Maßnahmen Realität werden, dann ist im Umkehrschluss für den zusätzlichen Ausbau der Bahnstrecke Nürnberg–Hof

über Bayreuth auf lange Sicht, Martin Burkert spricht hier von mindestens zehn bis 15 Jahren, kein Geld vorhanden.

Die Empfehlung von Burkert lautet deshalb: Alle Mandatsträger der Region müssen von der Bundesregierung die Aufnahme der Elektrifizierung auf der Strecke Nürnberg–Hof – unter Einbeziehung von Bayreuth – in den Bundesverkehrswegeplan fordern.

In diesem Zusammenhang solle die Stadt Bayreuth ernsthaft prüfen, ob sie dann ihren Bahnhof nicht verlagert, um einen besseren Anschluss zu gewährleisten.

Der sogenannte „Südbahnhof“ sei ja schließlich schon seit geraumer Zeit in der Diskussion, um so im Bereich zwischen Kirchenlaibach und Schnabelwaid den Anschluss an die dann elektrifizierte Franken-Sachsen-Magistrale zu ermöglichen.

An dieser Stelle machte Wolfgang Kern, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bayreuther Stadtrat, allerdings deutlich,



dass die Stadt in dieser „Schicksalsfrage“ nur dann eine Entscheidung fällen kann, wenn die Elektrifizierung der Strecke Nürnberg–Marktredwitz auch sicher erfolgt.

Wird die Trasse Hof–Regensburg vorgezogen, dann sei der Zug für die nächsten Jahre im wahrsten Sinne des Wortes abgefahren. Eine Kostenschätzung für eine Verlegung des Bahnhofes, so Kern weiter, gibt es allerdings noch nicht.

Dr. Michael Struck, Stadtverbandsvorsitzender der SPD in Bayreuth, ergänzte, dass sich seine Partei bewusst der Bahnanbindung Bayreuths angenommen habe. Bereits unter SPD-Oberbürgermeister Mronz habe die Anbindung an die Franken-Sachsen-Magistrale einen hohen Stellenwert genossen – unter dem CSU-Nachfolger Hohl vermisse man bei diesem Thema schmerzlich die Impulse der Stadt.

*Nordbayerischer Kurier vom 15.07.2010*



## Rotmain-Pokal dieses Jahr in Heinersreuth

Anette Kramme, MdB, hatte die Ehre, den traditionsreichen Rotmain-Pokal im Jahr 2010 zu eröffnen. Alle Teilnehmer

(TSV Neudrossenfeld II, SC Altenplos, ASV Oberpreuschwitz, SV Heinersreuth) sind alle vier Jahre Gastgeber für den Pokal. Kramme bat bei ihrer kurzen Ansprache um Verzeihung dafür, dass sie „ihrer“ Heinersreuther Mannschaft die

Daumen ganz besonders drücke. Geholfen hat's, denn die Heinersreuther gewannen den Rotmain-Pokal und sind auch über den vierjährigen Gesamtturnus betrachtet die Gesamtsieger. Kramme freut's.

## Schulkritik am Unterbezirksparteitag

Staatsregierung kopflos, Schulsystem überholt und sozial ungerecht: Die Kritik, geäußert von der SPD-Landtagsabgeordneten Susann Biedefeld und der Unterbezirkvorsitzenden Anette Kramme beim Parteitag des SPD-Unterbezirks Bayreuth, hätte kaum schärfer sein können.

Biedefeld stellte beim Parteitag in Mistelbach das Bildungskonzept der Landes-SPD vor. Biedefeld äußerte sich auch zum Oberfranken-Logo.

Umweltstaatssekretärin Melanie Huml sei das einzige Kabinettsmitglied in München, das aus Oberfranken stamme. Huml richte zwar Dialogforen ein und nehme viel Geld dafür in die Hand.

Was die strukturschwache Region allerdings brauche, sei eine bessere Wirtschafts- und Bildungspolitik, um gerade junge Menschen in Oberfranken zu halten. Über das Oberfrankenlogo, über

das bereits eine Debatte entbrannte, sagte Biedefeld, es sehe aus wie ein Kinderpuzzle.

Der Staatsregierung warf Biedefeld vor, ihre Bildungspolitik sei ausgerichtet auf Elitenbildung. Ausbildung für Kinder dürfe nicht vom Geldbeutel abhängen, schließlich schaffe Bildung soziale Stabilität.

Die soeben gegründeten Mittelschulen bezeichnet Biedefeld als Etikettenschwindel. Die Staatsregierung schleiche sich aus der Verantwortung, denn über die Schulverbünde müssten die Bürgermeister und Gemeinderäte entscheiden. Sie stünden künftig im Kreuzfeuer der Kritik.

Die Bayern-SPD habe dafür eine Alternative. Die Gemeinschaftsschule solle von der ersten bis zur zehnten Klasse die Regelschule sein. In der Aussprache fragte eine Delegierte, warum die Bay-



ern-SPD nicht zum Volksbegehren greife, um ihre bildungspolitischen Ziele durchzusetzen. Biedefeld verwies in ihrer Antwort auf den Bürgerentscheid in Hamburg, wo die Mehrheit die Primärschule abgelehnt hatte. „Hamburg hat uns zurückgeworfen“, so Biedefeld.

Sie räumte ein, mit einem Volksbegehren zur Gemeinschaftsschule erreiche die SPD nicht die Kreise, die es eigentlich angehen würde.

*Nordbayerischer Kurier vom 26.07.2010*



## Kohnen und Kramme besuchen Imker

Die Bundestagsabgeordnete Anette Kramme (SPD) erfuhr und spürte bei Imker Anton Herzing aus Büchenbach das, was Hunderte von Kindern beim Kurier-Ferienprogramm schon erfahren haben: Herzings Bienen stechen nicht – „weil sie sich wohl fühlen“, sagte der leidenschaftliche Imker.

Kramme und Natascha Kohnen, die Generalsekretärin der bayerischen SPD, waren in der Region unterwegs auf Infotour in Sachen Ökologie und Einsatz von Gentechnik auf Freiflächen.

SPD-Ortsvereinsvorsitzender Oliver Winkelmaier musste nicht lange überlegen, um die beiden Politikerinnen mit einem Mann zusammenzubringen, der sich mit Leib und Seele dafür einsetzt, dass die Natur so erhalten bleibt, wie sie ist, und somit das ökologische Gleichgewicht erhalten bleibt.

Imker Herzing tut dies mit seinen Bie-

nen. Claus Raab aus Plech, der immer zur Stelle ist, wenn es um Öffentlichkeitsarbeit geht, tut es ihm gleich. Immerhin, so betonen beide, sind die Bienen für bis zu 80 Prozent der Pflanzenbestäubung zuständig. Das geflügelte Wort: „Wenn die Biene stirbt, stirbt auch der Mensch“, nehmen sie an diesem Tag nicht in den Mund, meinen es aber. „Hier bei uns wird noch genügend Imkerei betrieben, aber in vielen anderen Gegenden sieht es mau aus“, weiß Raab.

Herzing hat nicht nur Bienenstöcke in Büchenbach stehen. An fünf Standorten in der Umgebung betreibt er seine Imkerei und tut damit etwas für das ökologische Gleichgewicht. Herzings und Raabs Bienen sind gesund.

Mit der berüchtigten Varroa-Milbe, die der Imkerei das Leben schwermacht, haben beide kein Problem. Herzings Rezept ist, auf einen Nenner gebracht, einfach: „Mit den Bienen natürlich arbeiten und nicht gegen sie.“ Letzteres heißt für ihn der Einsatz von Chemie,



die Herzing nicht braucht: Natur und ihre Zusammenhänge verstehen und damit arbeiten. Und nicht zuletzt sehen beide eine kommerzielle Zielsetzung in der Imkerei skeptisch.

Geld verdient Herzing mit seiner Imkerei nicht und er fürchtet auch keine Konkurrenz. Ganz im Gegenteil: Die Jugend zur Imkerei hinzuführen, ist ihm ein großes Anliegen, ebenso wie Raab. Dieser kann sich vorstellen, dass selbst kleine finanzielle Anreize durch den Staat der Imkerei Vorschub leisten.

*Nordbayerischer Kurier vom 22.07.2010*

## Laura Messner geht dank Stipendium ein Jahr in die USA

„Mit dem Aufenthalt in den USA geht für mich ein Traum in Erfüllung, ich kann es kaum erwarten“, strahlt Laura Messner im Gespräch mit der Bundestagsabgeordneten und Arbeitsmarktpolitischen Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Anette Kramme.

Dank des Parlamentarische Patenschafts-Programms (PPP) des Bundestages wird der 16-jährigen Bayreutherin ein einjähriger Aufenthalt in den USA ermöglicht.

„Ich freue mich sehr, dass sich für Laura diese Chance eröffnet. Auslandsaufenthalte sind prägende Erfahrungen für den weiteren Lebensweg“, meint Anette

Kramme. Nun geht's Anfang August für zwölf Monate nach Amerika, genauer gesagt nach Clermont in Florida, einem 23000 Einwohner großen Städtchen rund 35 Kilometer entfernt von Orlando.

„Ich freue mich schon auf meine Gastfamilie. Sie haben drei Kinder etwa in meinem Alter – genau so habe ich es mir auch vorgestellt.“, erzählt Laura Messner voller Vorfreude.

Dass der an amerikanischen Schulen ausgeprägte Teamgeist die Integration der Stipendiaten erleichtert, weiß Anette Kramme aus Erfahrung. Zum achten



Mal steht die oberfränkische Bundestagsabgeordnete nun einer oder einem jungen Deutschen während des Austauschjahrs mit Rat und Tat zur Seite.



## Kahlschlag in der Altenpflege

Die Sorge um die Zukunft der privaten Altenpflegeschulen treibt die Leiterin der evangelischen Berufsfachschule für Altenpflege in Bayreuth, Maria Hebart-Herrmann, um. Die Kürzungen bei der staatlichen Finanzierung werden in naher Zukunft den Fachkräftemangel noch immens verschärfen, ist sich die Schulleiterin sicher.

Auslöser für die Sorge ist einerseits die mehrheitlich vom bayerischen Landtag akzeptierte Kürzung des Schulgeldausgleichs von momentan 200 auf 100 Euro. Und andererseits soll die im vergangenen Jahr beschlossene finanzielle Förderung der Umschulungen in der Alten- und Krankenpflege durch das Konjunkturpaket II bis Ende des Jahres auslaufen.

Was zur Folge hätte, dass Umschülerinnen und Umschülern das dritte Ausbildungsjahr nicht mehr gefördert würde. Bei einem Gespräch mit der SPD-

Bundestagsabgeordneten Anette Kramme, der Generalsekretärin der Bayern-SPD, Natascha Kohnen, und dem SPD-Landtagsabgeordneten Christoph Rabenstein wies Hebart-Herrmann darauf hin, dass sich durch diese finanziellen Einschnitte die Situation im Altenpflegebereich noch verschärfen werde. Die Mitarbeiter in den Seniorenheimen leisteten heute Schwerstarbeit, die Zeit der Kaffeekränzchen liege lange zurück.

Es würden nur noch Teilzeitkräfte beschäftigt, die aufgrund hoher Arbeitsbelastung keine Zeit mehr hätten, sich den in den Heimen praktizierenden Schülerinnen und Schülern zu widmen. Im Gegenteil, so Hebart-Herrmann: Die ersten Schüler würden bereits an Burn-out leiden, weil sie wie ausgebildete Fachkräfte rücksichtslos zur Arbeit herangezogen würden, ohne dafür eine finanzielle Aufwandsentschädigung zu erhalten. Bereits heute sei der Altersdurchschnitt der Mitarbeiter in den Seniorenheimen sehr hoch, sagte Kramme.

Das führe dazu, dass in wenigen Jahren ein erheblicher Ersatzbedarf an Pflegekräften herrschen werde. Ihre Fraktion habe im Bundestag den Antrag gestellt, die dreijährige Förderung aus Mitteln des Konjunkturpaketes II fortzusetzen.

Von der Kürzung des Schulgeldausgleichs überrascht wurde die Landtags-SPD. Noch vor kurzer Zeit hätte die Sozialministerin verkündet, dass ein Schulgeld für Altenpflegeschulen nicht zielführend sei, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

Im Juli wurde dann doch die Kürzung des Schulgeldausgleichs bekannt. „Wir brauchen hochqualifiziertes Personal in der Altenpflege. Stattdessen werden jetzt Kürzungen vorgenommen und damit genau das Gegenteil erreicht“, sagte Rabenstein.

*Nordbayerischer Kurier vom 22.07.2010*

## Sozialdemokratische Frauen kritisieren Sparpaket

Das Sparpaket der Bundesregierung war beherrschendes Thema einer Veranstaltung der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen im Oskars in Bayreuth. Die Bundestagsabgeordnete Anette Kramme ging dabei gerade mit den Kürzungen im sozialen Bereich hart ins Gericht.

„Die Bundesregierung will uns weiß machen, dass gerade die Ärmsten der Armen über ihre Verhältnisse gelebt hätten und den Gürtel nun enger schnallen sollen. Mit diesem sozialen Zynismus wird sich die SPD nicht abfinden“.

Es würden wieder einmal diejenigen zur Kasse gebeten, die keine Lobby hätten und sich nicht wehren könnten. „Die Leidtragenden sind Familien und die

Alleinerziehenden. Es tut mir im Herzen weh, wenn gerade bei den Kindern gespart wird“, so die Bayreuther AsF-Vorsitzende Petra Nölkel.

„Wenn für Langzeitarbeitslose der Rentenversicherungsbeitrag gestrichen wird, fehlt das Geld in der Rentenversicherung. Wenn Langzeitarbeitslose keinen Anspruch mehr auf eine Erwerbsminderungsrente haben, dann bleiben sie ihr Leben lang in der Grundsicherung der Kommunen, was für diese dann teuer wird“, meinte Anette Kramme.

„Das Sparpaket des Bundes hat sich spiegelgleich in den Sparvorschlägen von Rödl und Partner in Bayreuth fortgesetzt. Beide Pakete sind sozial nicht ausgewogen und ungerecht. Zum Glück konnten im Stadtrat die schlimmsten Einschnitte verhindert werden“, er-

gänzte die dritte Bürgermeisterin Beate Kuhn. „Es kann nicht sein, dass die Bundesregierung unsinnige Steuergeschenke an ihre Klientel verteilt und sich das Geld anschließend wieder von den Schwächsten und der arbeitenden Mittelschicht zurückholt. Das ist unredlich und heizt den sozialen Unfrieden in Deutschland weiter an“. Stattdessen müssten die Verursacher der herrschenden Krise zur Verantwortung gezogen werden.

„Dazu fehlt der Bundesregierung aber der Mut. Sie trauen sich nicht, Spekulanten und Finanzzocker zu besteuern und so für stabile und gerechte Einnahmen für die Staatskasse zu sorgen.“

Stattdessen müssen wieder die kleinen Leute dafür einstehen, was Einige, die offensichtlich zu viele Risiken eingegangen sind, verjuxt haben“, so Kramme.



## Hans Dötsch feierte Geburtstag

Wenn ein Bürgermeister Geburtstag feiert kommen auch die Abgeordneten, vor allem dann, wenn der Bürgermeister der eigenen Heimatgemeinde 65 wird. So ließ es sich auch Anette Kramme, MdB, nicht nehmen,

„ihrem“ Bürgermeister von Heinersreuth, Hans Dötsch (SPD), zum Geburtstag zu gratulieren.

Auch viele andere prominente Gesichter waren anzutreffen, so zum Beispiel die Landtagsabgeordneten Inge Aures und

Christoph Rabenstein sowie die 3. Bürgermeisterin der Stadt Bayreuth, Beate Kuhn (alle SPD). Im Sportheim des SCA Altenplos zeigte sich also, das Hans Dötsch nicht nur ein erfolgreicher, sondern auch ein beliebter Bürgermeister ist.

## Eckersdorf: Sommer, Sonne, Tombola

Nicht zum ersten Mal besuchte Anette Kramme das Sommerfest vom Freundes-

kreis des Pflegezentrums „Martha Maria“ in Eckersdorf. Moderiert wurde die launige Veranstaltung im Freien von Stadtrat Manfred Präcklein (SPD). Gerne kaufte Anette

Kramme auch Lose für die Tombola – und verschenkte sie dann kurzum an eine verdutzte ältere Dame. Schließlich spielt die SPD nicht auf Glück.

## Landjugend Bad Berneck—Bindlach wurde 50

„Tohuwabohu – Dressendorf steht Kopf“ war das Motto der Landjugend Bad Berneck -Bindlach zu ihrem 50jährigen bestehen. Ein Höhepunkt der ausgedehnten Feierlichkeiten der Landjugend war der prächtige Fest-

umzug durch Dressendorf, auf dem die Landjugend zeigen konnte, wie sie Brauchtum bewahrt und weiterführt. Besonders spannend zu sehen waren die Fahnenträger, die teilweise sichtlich Mühe hatten, die schweren Fahnen verletzungsfrei zu schwenken. „Jugendkultur in der ländlichen

Region muss nicht langweilig sein. Dafür sind ihre Aktivitäten, liebe Landjugend, der lebendige Beweis,“ lobte Anette Kramme das Engagement der jungen Leute auch im Namen von Christoph Rabenstein, der als Geschenk ein Bild des bayerischen Landtags mitbrachte.

## Kramme besucht Wiesenfest in Gefrees

Mit einem 1,5 Kilometer langen Festumzug ist der Wiesenfestumzug in Gefrees der

Höhepunkt des Sommers in der 4.700-Einwohner-Stadt. Anette Kramme nahm an dem bunten Umzug gerne teil und setzte sich dann mit Bürgermeister Harald Schlegel (SPD) in das Festzelt. Neben Kramme nah-

men auch Bürgermeister aus angrenzenden Nachbargemeinden teil, wie zum Beispiel Genosse Jürgen Zinnert (SPD) aus dem schönen Bad Berneck.

## Kramme beim Töpfermarkt in Creußen

Wie jedes Jahr am zweiten Sonntag im Juli kamen Töpfer aus nah und fern nach Creußen, um ihr Handwerk zu präsentieren. Ein

guter Grund für Anette Kramme, einmal vorbeizuschauen, Töpferwaren anzuschauen und ins Gespräch zu kommen. Bürgermeister Harald Wild (CSU) begrüßte die Abgeordnete und zeigte sich stolz auf seine Stadt und den Töpfermarkt. Nicht ganz so

gut für das Geschäft war die Hitze. Auf den Marktplatz schien die pralle Sonne. Immer einen Besuch in Creußen wert ist auch das berühmte Krügemuseum im alten Scharf-richterhaus.



## 125 Jahre Feuerwehr Haidhof

Zum 125jährigen Jubiläum hatte die Feuerwehr Haidhof geladen. Nach einem feierlichen Festgottesdienst und einer Rede des 1. Vorsitzenden Thomas Kolb lobte die politische Prominenz das Ehrenamt und betonte

Bedeutung der Feuerwehr für die ländlichen Räume. Anette Kramme machte aber auch deutlich, dass die Politik die Feuerwehren unterstützen sollte. „Es ist gut, dass die bayerische Feuerwehr-Richtlinie zur Förderung von Feuerwehrgerätehäusern endlich verbessert wurde.“ Dennoch bestehe an vielen

Stellen Nachholbedarf, um die Freiwilligen Feuerwehren auch in Zukunft zu erhalten. „Was wir unbedingt noch erreichen müssen, ist eine bessere Würdigung Ihres Engagements, liebe Feuerwehrler.“

## ASV Hollfeld wurde 110 Jahre alt

„Spanien hat unserem Sommermärchen 2010 leider ein jähes Ende gesetzt. Aber mal ehrlich: Italiener, Franzosen und Argentinier

wären froh gewesen, überhaupt so weit zu kommen“, leitete Anette Kramme ihr Grußwort zum 110jährigen Jubiläum des Allgemeinen Sportvereins Hollfeld ein. Be-

sonders lobte sie die Jugendarbeit des Vereins, denn: „Ohne den Aufbau an der Basis wächst für die Spitze nichts nach“, so Kramme.

## Stipendiengesetz ist Unsinn

Das nationale Stipendienprogramm sowie die Änderungen beim BAföG standen im Mittelpunkt einer Diskussionsveranstaltung der Bayreuther Juso-Hochschulgruppe. Kein gutes Haar ließ die Referentin, MdB Anette Kramme, an den Vorschlägen der Bundesregierung zum Stipendiengesetz:

„Damit wird soziale Selektion in der Hochschulbildung verfestigt. Zuletzt hat die Untersuchung des Hochschul-Informations-Systems (HIS) über die soziale Herkunft bisheriger Stipendiaten ergeben, dass sie vor allem aus Familien mit einer hohen sozialen Herkunft stammen.

Nicht ein junger Mensch wird sich wegen der Aussicht auf eine Stipendienlotterie zusätzlich für ein Studium entscheiden.“ Auch Michael Weh, Vorsitzender der Juso-Hochschulgruppe, schloss sich der Kritik der Abgeordneten an:

„Es muss mit Mehrfachanträgen von Abiturientinnen und Abiturienten gerechnet werden, die sich im Regelfall an

mehreren Hochschulen bewerben. Der damit einhergehende Verwaltungsaufwand ist nicht zu unterschätzen.“

Vorgesehen ist, dass Hochschulen zukünftig Stipendien von monatlich 300 Euro an begabte Studierende vergeben können. 150 Euro sollen von privaten Geldgebern eingeworben werden und 150 Euro legen Bund und Länder je zur Hälfte drauf. Acht Prozent der Studierenden sollen zukünftig darüber gefördert werden.

„Auf die Hochschulen kommt bei der Auswahl der zu fördernden Studierenden eine Mammutaufgabe zu. Schließlich müssen zunächst einmal passende Kriterien gefunden werden, die der Intention des Gesetzes gerecht werden“, so Michael Weh.

Und Kramme ergänzt: „Neben der massiven sozialen Ungerechtigkeit trägt das neue Stipendienprogramm auch dazu bei, strukturschwache Regionen, wie zum Beispiel Nordostbayern, weiter zu benachteiligen.“ Es sei utopisch zu glauben, dass Hochschulen in diesen Gebieten ausreichend private Geldgeber finden, um acht Prozent ihrer Studieren-

den über das neue Stipendienprogramm zu fördern.

Diese Quote sei vor allem von Hochschulen in Städten wie München, Stuttgart und Hamburg zu erfüllen.

Als Schritt in die richtige Richtung bezeichnete Kramme hingegen die Novelle des BAföG. Bedauerlich sei jedoch, dass die Bundesregierung Vorschläge der SPD wie z.B. die Förderung von Teilzeitausbildungen, die mutigere Anhebung der Altersgrenze oder vor allem die Ausweitung der Förderung durch Anhebung der Einkommensgrenzen nicht berücksichtigt habe.

„Der Verweis von Union und FDP auf die Haushaltslage des Bundes kann hier nur vorgeschoben sein, wenn zugleich ein ebenso teures wie unsinniges Stipendiengesetz durchgedrückt wird. Diese Mittel wären im BAföG besser, nämlich effektiver und sozial gerechter angelegt.“



## Julian Müller aus Weißenhohe bei Jugend und Parlament in Berlin

Eine Woche lang Abgeordneter im Deutschen Bundestag sein, Ausschüsse, Landesgruppentreffen und natürlich Plenarsitzungen selbst besuchen und gestalten – diese Möglichkeit bot sich jetzt für Julian Müller aus Weißenhohe, der von der Bayreuther Bundestagsabgeordneten Anette Kramme (SPD) in die Bundeshauptstadt Berlin eingeladen wurde.

Anette Kramme begrüßte den jungen „Nachwuchspolitiker“ persönlich und sprach mit ihm über seine Erfahrungen und Eindrücke. Kramme: „Es ist toll, diese engagierten und politisch interessierten Jugendlichen bei Diskussionen zu erleben. Wenn einige Menschen behaupten, die Jugend sei Politik verdros-

sen, so findet man Jahr für Jahr bei dieser Veranstaltung den lebenden Gegenbeweis.“

312 Jugendliche aus dem gesamten Bundesgebiet konnten für mehrere Tage in die Rolle eines Abgeordneten schlüpfen und dessen Arbeit direkt erleben. Während des Planspiels waren die Jugendlichen einem Bundestagsabgeordneten als „Paten“ zugeordnet. Dieser unterstützte sie während ihrer Plenarwoche.

Das Planspiel ist so lebensnah wie möglich angelegt und soll den Jugendlichen verständlich machen, wie Bundespolitik funktioniert“, so Kramme. Die Jugendlichen wurden Fraktionen zugeteilt, die zwar nicht die Namen der richtigen fünf



Bundestagsfraktionen tragen, wohl aber für die jeweilige politische Richtung stehen. Julian Müller kam schließlich in die Fraktion der „Konservativen“. Die „Abgeordneten“ berieten Gesetzesvorlagen in den Landesgruppen, Fraktionen und Ausschüssen. Am Ende wurden die Gesetzentwürfe im Plenum debattiert und zur Abstimmung gebracht.

## Viele Hebammen stehen vor dem Aus

Für viele der freiberuflichen Hebammen in Stadt und Landkreis Bayreuth sind schwere Zeiten angebrochen. Denn für sie stellt sich die Frage, ob sie ihren Beruf nun teilweise aufgeben oder nicht. Schuld an der verfahrenen Situation ist die neue Berufshaftpflichtprämie, die die Versicherer von freiberuflichen Geburtshelfern ab 1. Juli einfordern. Mit 3689 Euro pro Jahr ist sie um über 1318 Euro höher als noch vergangenes Jahr.

„Bei rund 230 Euro pro Geburt, die Beleghebammen laut Gebührenordnung bekommen, kann man sich ja ausrechnen, wie viele Entbindungen nötig sind, nur um die Haftpflichtprämie aufzubringen“, erklärt Gudrun Rennecke, freiberufliche Hebamme aus Bayreuth. Zusammen mit ihrer Kollegin Friederike Engelen von der Hebammenpraxis Bayreuth sprach sie mit der Bayreuther SPD-Bundestagsabgeordneten Anette Kramme über die vielfältigen Probleme, die sich nun für die freiberuflichen Hebammen auftun.

Die Hebammenpraxis Bayreuth in der Alexanderstr. 2 ist im Großraum Bayreuth/Kulmbach führend bzw. einzigartig in Sachen Hausgeburten. Auch Praxisgeburten und Beleggeburten im Klinikum Kulmbach werden angeboten. Die Hebammenpraxis Bayreuth erfüllt damit die wichtige Aufgabe, den Frauen überhaupt eine Alternative in Form der Hausgeburt zu ermöglichen. In den letzten Jahren zeichnet sich ein stetig wachsendes Interesse an Hausgeburten ab.

Durch die unglaublichen Belastungen der rasant steigenden Versicherungsprämien und sonstigen Fixkosten rechnen sich aber für die Hebammen künftig die Hausgeburten und Beleggeburten nicht mehr.

Befremdlich ist zudem, dass eine Hausgeburt den Krankenkassen erheblich billiger kommt, als eine normale Klinikgeburt. Man sollte meinen, dass angesichts dieser Ersparnis ein gewisses finanzielles Entgegenkommen zugunsten der Hebammen mit Hausgeburtsangebot möglich sein müsste.

„Wenn sich nichts ändert, werde ich künftig nur noch Kurse zur Vorbereitung und Nachbetreuung und alles rund um die Geburt anbieten, aber keine Geburtshilfe mehr. Damit ist dann ab Januar Schluss“, so Friederike Engelen.

Zwar hoffen die beiden Bayreuther Hebammen noch auf eine faire Einigung bei der Anhebung der Gebührenordnung, die Verhandlungen zwischen dem Bund der Krankenkassen und den Verbänden der Hebammen gestalten sich jedoch schwierig. Daher findet derzeit ein Schiedsverfahren statt. Sollte dieses Verfahren die Probleme der Hebammen nicht lösen, droht ein langes Klageverfahren vor dem Sozialgericht und somit das Aus für viele Hebammen.

„Mit der jetzigen Situation wird ein ganzer Berufsstand kaputt gemacht. Es müssen alle Anstrengungen unternommen werden, um eine faire Bezahlung der freiberuflichen Hebammen sicherzustellen und so die Wahlfreiheit werdender Mütter beim Ort der Geburt ihres Kindes zu garantieren“, fordert daher Anette Kramme.



# Pressemitteilungen

## Radweg Waischenfeld—Nankendorf erhält nun doch Höchstförderung

Der Neubau des Geh- und Radweges von Waischenfeld nach Nankendorf entlang der Staatsstraße 2191 wird nun doch mit dem höchstmöglichen Satz von 80 Prozent durch den Freistaat Bayern gefördert. Dies erfuhr die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Anette Kramme (SPD) von Bayerns Finanzminister Georg Fahrenschon.

Kramme hatte sich in einem Schreiben an den Minister gewandt und die finanziell angespannte Lage der Gemeinde Waischenfeld geschildert. „Ohne den Höchstsatz wäre es für die Gemeinde und den Landkreis äußerst schwierig geworden, dieses für die wirtschaftliche und touristische Entwicklung der Region äußerst wichtige Projekt zu realisieren“, so Kramme.

## Städtebauförderung für das Hussengut—Kreativität ist gefragt

Können für die Erdverlegung der Hochspannungsleitung im Bayreuther Stadtteil Hussengut Mittel aus der Städtebauförderung zum Einsatz kommen? Diese Frage ließ die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Anette Kramme (SPD) nun durch das Bundesbauministerium klären. „Eine Einzelprojektförderung, also eine alleinige Erdverkabelung einer Hochspannungsleitung ohne weiteren Gebietsbezug, dürfte den Kriterien der Städtebauförderung in der Regel nicht genügen“, teilte Parlamentarischer Staatssekretär Dr. Andreas Scheuer der Abgeordneten mit. Die genaue Prüfung obliege jedoch dem Freistaat Bayern.

Obgleich dieser ernüchternden Antwort sieht Anette Kramme durchaus Chancen für eine Förderung. „Mit ein bisschen Kreativität und gutem Willen wäre hier sicherlich was machbar.“

Die Städtebauförderung unterstützt die Städte und Gemeinden bei der Beseitigung städtebaulicher Missstände. Die Beurteilung, ob Missstände in einem Gebiet vorliegen, erfolgt vor Ort durch die Kommune. Gelangt die Kommune zu der Einschätzung, dass dies der Fall ist, kann sie Mittel aus der Städtebauförderung beantragen.

## Geschwindigkeitsbegrenzung auf der A 9—Kramme hakt nach

Bereits im März hatte sich die Bayreuther SPD-Bundestagsabgeordnete Anette Kramme an den bayerischen Innenminister Herrmann gewandt und ein Tempolimit auf der A 9 zwischen den Anschlussstellen Bayreuth-Süd und Trockau gefordert. Begründet hatte die Abgeordnete ihre Forderung mit den gestiegenen Unfallzahlen in diesem Abschnitt. „Leider habe ich bis heute keine Reaktion aus München erhalten und das, obwohl die vorliegenden Unfallzahlen nicht auf die leichte Schulter genommen werden dürfen“, so Kramme.

Innerhalb von fünf Jahren (zwischen dem 01.01.2005 und dem 31.12.2009) ereigneten sich in diesem Abschnitt der Autobahn 591 Verkehrsunfälle, davon 569 auf den Hauptfahrbahnen – jährlich also über 100 Unfälle. Besonders erschreckend, so Kramme, sei die hohe Zahl der Unfälle wegen zu hoher Geschwindigkeit. Über die Hälfte aller Unfälle in diesem Bereich seien darauf zurückzuführen. „Ich halte das für sehr beunruhigend, zumal es sich bei den Angaben lediglich um die offiziellen Zahlen handelt und nicht um die tatsächlichen. Die Zahl der Unfälle in diesem Bereich muss dringend reduziert werden“, so die Abgeordnete. Auch aus Verkehrssicherheitsgründen sei eine Geschwindigkeitsbeschränkung gerechtfertigt.

Nachdem seit kurzem auch auf der A 73 zwischen der Abfahrt Untersiemau und der Anschlussstelle Lichtenfels ein Tempolimit von 120 km/h herrscht, hat sich Anette Kramme erneut an Joachim Herrmann gewandt. „Die Ausgangslage ist im Bereich Bayreuth-Süd und Trockau ähnlich. Von daher wäre auch hier eine Geschwindigkeitsbegrenzung gerechtfertigt. Ich bitte Sie ganz nachdrücklich um Ihre Unterstützung“, heißt es in ihrem Schreiben.



# Pressemitteilungen

## Mutter-Kind-Kuren: „Wer hier spart, spart an der falschen Stelle“

Die Krankenkassen lehnen offensichtlich vermehrt Anträge auf Mütter-/Mutter-Kind-Maßnahmen verstärkt ab. Nach Angaben des Müttergenesungswerks sind die Ablehnungsquoten bundesweit auf 31 % angestiegen. Auch örtliche Sozialverbände haben sich bereits an die Bayreuther SPD-Bundestagsabgeordnete Anette Kramme gewandt und eine verschärfte Genehmigungspraxis der Krankenkassen beklagt. MdB Kramme nahm dies nun zum Anlass an das Bundesgesundheitsministerium zu schreiben.

„Im Rahmen der letzten Gesundheitsreform wurde beschlossen, Mutter-/Vater-Kind-Maßnahmen von Ermessens- und Pflichtleistungen umzuwandeln. Unser Ziel war und ist es, Müttern und Vätern, die aufgrund ihrer Belastungen erkranken, den Zugang zu diesen Maßnahmen zu sichern. An dieser Zielsetzung hat sich nichts geändert“, so Anette Kramme. In den Jahren 2007 und 2008 seien daraufhin deutlich mehr Kuren bewilligt worden. Seit letztem Jahr jedoch gebe es wieder vermehrt Ablehnungen. „Wer hier spart, spart an der falschen Stelle“, meint die Bayreuther Abgeordnete. „Der vom Gesetzgeber erklärte politische Wille, die Gesundheit der Mütter und Väter zu unterstützen, muss offensichtlich stärkere Regelungen bekommen.“ Kramme fordert daher von Bundesgesundheitsminister Rösler entschlossenes Handeln.

## Aufstockerzahlen bestätigen Forderung nach Mindestlohn

Jeder, der am Arbeitsmarkt nicht genug Einkommen für seinen Lebensunterhalt verdient, hat Anspruch auf ergänzende Hartz-IV-Leistungen. „Für viele Berufstätige reicht oft das Gehalt einer sozialversicherungspflichtigen Vollzeitstelle nicht mehr zum Leben. Sie sind angewiesen auf aufstockendes Arbeitslosengeld II. Vor allem in der Leiharbeitsbranche oder in der Gastronomie müssen Löhne aufgestockt werden“, berichtet die arbeits- und sozialpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Anette Kramme.

Im Agenturbezirk Bayreuth gingen im Dezember 2009 von 9.535 erwerbsfähigen Hilfebedürftigen rund 2800 Personen einer abhängigen Beschäftigung nach. Etwa 650 Aufstocker erzielten dabei ein Gehalt von über 800 Euro brutto im Monat. Über 1500 Personen waren Minijobber.

Anette Kramme sieht sich aufgrund dieser Zahlen in ihrer Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn bestätigt. „Grundsicherung in Kombination mit Niedriglöhnen ist letztendlich nichts anderes als Lohndumping auf Kosten des Steuerzahlers und zu Lasten des Sozialstaates. Dieses Vorgehen mancher Arbeitgeber ist nicht zu tolerieren“, so die Abgeordnete.

Als fatal bezeichnet Kramme den Vorschlag der schwarz-gelben Bundesregierung, die Freibeträge bei den Hinzuverdiensten zu erhöhen. „Gerade bei den Minijobs würde hierdurch das falsche Signal gesetzt. Denn höhere Zuverdienstgrenzen bedeuten im Prinzip die Einführung von Kombilöhnen. So wird es Unternehmen noch leichter gemacht, gute Arbeit durch Arbeitsverhältnisse zu ersetzen, von denen man nicht mehr leben kann.“

Eine Ausweitung der Minijobs werde zu noch mehr schlecht bezahlter Arbeit führen, befürchtet Kramme. „Bereits heute zählen mehr als 80 Prozent der Mini-Jobs zum Niedriglohnbereich. Damit wäre auch der sichere Weg in die Altersarmut vorgeprogrammiert. Zwei Drittel der Minijobs werden im Übrigen von Frauen ausgeübt. Die geschlechtsspezifische Aufspaltung des Arbeitsmarktes würde durch diese Maßnahme zunehmen.“



## Pressemitteilungen

### Ortsumgebung Reckendorf und Baunach—Entscheidung noch nicht getroffen

Geduld ist weiterhin gefragt bei der geplanten Ortsumgebung von Reckendorf und Baunach. Dies geht aus einem Schreiben von Bundesverkehrsminister Dr. Ramsauer an die SPD-Bundestagsabgeordnete Anette Kramme hervor. Die Abgeordnete hatte das Ministerium aufgefordert, die Planungen schnellstmöglich voranzutreiben, damit die Gemeinde endlich Klarheit bezüglich der Trasse bekommt, denn momentan könnten viele Entscheidungen vor Ort nicht getroffen werden.

„Aufgrund der FFH-Gebiete gerade im Osten Baunachs verzögert sich die Trassenentscheidung. Denn das Bundesverkehrsministerium hält einen differenzierten Alternativenvergleich für unerlässlich“, erfuhr Kramme nun aus dem Ministerium. An sich sollten die notwendigen Untersuchungsergebnisse bereits Anfang des Jahres vorliegen. Doch: Die vom Bund geforderten Alternativen-untersuchungen durch die Bayerische Straßenbauverwaltung sind immer noch im Gange. Mit einem Ergebnis kann laut Minister Ramsauer allerdings noch im Sommer gerechnet werden. „Erst dann kann eine Entscheidung zugunsten einer der untersuchten Alternativtrassen erfolgen“, so die Abgeordnete.

### Stadtumbau West: 4,54 Millionen für oberfränkische Kommunen

Oberfränkische Kommunen können auch im Jahr 2010 mit umfangreichen Mitteln aus dem Bund-Länder-Programm „Stadtumbau West“ rechnen. Wie die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Anette Kramme mitteilt, erhalten 27 Kommunen im Regierungsbezirk insgesamt 4,54 Millionen Euro. „Neu aufgenommen wurde die Stadt Bayreuth. Für die Maßnahme „Markgrafenkaserne“ fließen 600.000 Euro. Mit Hollfeld und Warmensteinach kommen zwei weitere Kommunen aus dem Raum Bayreuth in den Genuss von Fördermitteln“, so MdB Kramme. Für die Hollfelder Altstadt fließen in diesem Jahr 180.000 Euro. Die Gemeinde Warmensteinach erhält für die Neugestaltung des Ortskerns 180.000 Euro.

„Der Stadtumbau ist ein wichtiges Programm für Kommunen im strukturellen Wandel. Mit den Fördermitteln sollen demografische und wirtschaftliche Herausforderungen aktiv gelöst werden. Nicht zu unterschätzen sind die Impulse für die regionale Bauindustrie und das Handwerk“, so Anette Kramme. Umso unverständlicher seien daher die von Bundesbauminister Ramsauer angekündigten Kürzungen in der Städtebauförderung, die Programme wie den „Stadtumbau West“ oder die „Soziale Stadt“ betreffen würden. Auch Oberfranken wäre von den Kürzungen direkt betroffen: „In den kommenden Jahren können keine neuen Gebiete in die Förderung aufgenommen werden und laufende Projekte müssen wohl gestreckt oder abgebrochen werden“, meint Anette Kramme.

„Mit der Halbierung der Mittel lässt die Bundesregierung die Kommunen bei der Bewältigung des demografischen Wandels, der ökologischen Stadterneuerung und sozial-integrativer Stadtentwicklungspolitik im Regen stehen. Das alles wird Auswirkungen auf die Lebensqualität und das Wohnumfeld, aber auch wirtschaftliche Potenziale der Städte und Gemeinden haben“, erklärt Anette Kramme. Ein Euro öffentliche Förderung bewirke in der Städtebauförderung mindestens sechs Euro private Folgeinvestitionsmaßnahmen.



# Pressemitteilungen

## Für die Eigenständigkeit der Sozialgerichtsbarkeit

Die Bayreuther Bundestagsabgeordnete und arbeits- und sozialpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Anette Kramme gehört zu den Erstunterzeichnern der vom Deutschen Gewerkschaftsbund initiierten Aktion „Für die Eigenständigkeit der Sozialgerichtsbarkeit und gegen Verschlechterungen im Sozialgerichtsgesetz“. Hintergrund dieser Unterschriftensammlung ist die Vereinbarung im Koalitionsvertrag der schwarz-gelben Bundesregierung, den Bundesländern die Möglichkeit zu eröffnen, ihre Verwaltungs- und Sozialgerichte zusammenzuführen.

„Wenn jedes Bundesland selbst entscheiden kann, ob es nur eine Verwaltungsgerichtsbarkeit oder sowohl eine Verwaltungs- als auch Sozialgerichtsbarkeit hat, dann bekommen wir in Deutschland einen undurchschaubaren Flickenteppich. Mit der Abschaffung der Sozialgerichtsbarkeit geht zudem wichtiges Spezialwissen und Fachkompetenz verloren“, kritisiert Anette Kramme. „Der Auslöser für die Debatte sind ganz offensichtlich vermeintliche Einsparpotenziale. Doch hierfür gibt es keinerlei gesicherte Berechnungen.“

Auch derzeit diskutierte Änderungen des Sozialgerichtsgesetzes wie z.B. die Einführung einer Gerichtskostenpauschale und die Abschaffung der Möglichkeit einer Prozesskostenhilfe lehnt die Bayreuther Abgeordnete strikt ab: „Im Sozialgerichtsverfahren geht es oft um Fragen des Existenzminimums. Die Betroffenen brauchen daher dringend Prozesskostenfreiheit. Soziale Gerichtsbarkeit darf nicht vom Geldbeutel der Menschen abhängig gemacht werden.“ Auch gegen die Einführung einer Zulassungsberufung, die das Recht auf Zugang zu den Gerichten erschweren würde sowie gegen die geforderte Abschaffung des sog. § 109-Gutachtens, in dem Betroffenen selbst einen Arzt ihres Vertrauens mit einem Gutachten betrauen können, spricht sich Kramme ganz entschieden aus.

## Gespräche über Fichtelgebirgsautobahn laufen weiter

In einer Anfrage an das Bundesverkehrsministerium wollte die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Anette Kramme (SPD) wissen, inwieweit das Projekt einer „Fichtelgebirgsautobahn“ beziehungsweise ein Ausbau der B303 alt über den Bauabschnitt Marktredwitz – Landesgrenze Tschechien hinaus weiterverfolgt wird.

Die Antwort von Staatssekretär Dr. Andreas Scheuer war allerdings wenig zufriedenstellend und lässt Raum für viel Spekulation. Denn anstatt einer Neubaumaßnahme eine eindeutige Absage zu erteilen, verweist Scheuer auf Gespräche zwischen Bund und Land, die nach Aussage aus dem Verkehrsministerium für Mitte des Jahres geplant sind.

„Entgegen der zahlreichen Lippenbekenntnisse in der Vergangenheit ist für die mich ein überdimensionierter Ausbau der B303 noch nicht vom Tisch. Die kommenden Gespräche werden zeigen, wie diese unendliche Geschichte weitergeht. Es bleibt zu hoffen, dass dem unsinnigen Projekt eine endgültige Absage erteilt wird und eine bedarfsgerechte Lösung im Einklang mit Natur und Mensch gefunden wird“, so Kramme.



# Termine

18. September 2010	Dorffest Eckersdorf
20. September 2010	Betriebsrätekonzferenz Oberfranken
24. September 2010	Ehrungsabend OV Mistelbach
26. September 2010	Bundesparteitag der SPD in Berlin
15. Oktober 2010	Ehrungsabend OV Creußen
18. Oktober 2010	Mitgliederversammlung Stadtverband Bayreuth
22. Oktober 2010	Konferenz der AfA Oberfranken